



Wahlprüfsteine Kommunalwahl 2014

Die Antworten

Das Heidelberger Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung fragte im Rahmen der Gemeinderatswahl 2014 nach den sozialpolitischen Positionen der kandidierenden Parteien und Wählervereinigungen. Auch wenn viele soziale Maßnahmen strukturell vom Bundesrecht bestimmt sind, kann der Gemeinderat soziale Themen bearbeiten, dort Schwerpunkte setzen und eigene Gelder bereitstellen. In dieser Dateien finden Sie die Antworten der Parteien und Gruppierungen, welche uns bis jetzt vorliegen. Wir bieten Ihnen die Möglichkeit sich selbst ein Bild von den Positionen zu machen.

1. Sozialplanung

Halten Sie eine konzeptionelle Sozialplanung für die Stadt Heidelberg für notwendig und wie kann der Sozialraum in den einzelnen Stadtteilen entwickelt werden?

FDP: Sozial- und Stadtplanung sollte langfristig und nachhaltig betrachtet werden. Insbesondere die Nutzung der Konversionsflächen und die städtebauliche Entwicklung bieten hierbei Chancen für Heidelberg. Wir sind für eine natürliche Entwicklung von Stadtteilen unter den Rahmenbedingungen, die die Kommune setzen kann, z. B. Bebauungspläne und sozialer Wohnungsbau.

Piratenpartei: Eine konzeptionelle Sozialplanung – vor allem unter Beteiligung der Betroffenen - halten wir für dringend geboten. Insbesondere in den Stadtteilen, die von der Konversion profitieren, ist es möglich, den Sozialraum neu zu gestalten. Besonders wichtig für uns ist dabei die soziale Durchmischung in den neu zu entwickelnden Flächen und die Förderung von alternativen Wohnformen. Auch ein Stadtteilmanagement unterstützen wir nicht nur für die Konversionsstadtteile. Soziale Angebote müssen in allen Stadtteilen angesiedelt sein.

generation.hd: Eine konzeptionelle Sozialplanung die Materielle Armut, Wohnungsnot / Wohnraum für Geringverdienende, Mobilität, Beschäftigung und Integration von Arbeitslosen, Teilhabe von einkommensschwachen Haushalten, Bildung und Daseinsfürsorge von älteren und kranken Heidelbergern berücksichtigt, würde einer wohlhabenden Stadt wie Heidelberg gut stehen.

generation.hd wird sich weiterhin für die Belange von einkommensschwachen und benachteiligten Menschen einsetzen und hofft das auch die anderen Parteien hierin einen Schwerpunkt der Heidelberger Kommunalpolitik sehen. Über 10.000 Menschen sind in Heidelberg von Armut betroffen. Wir sollten gemeinsam alles daran setzen diesen Zustand zu ändern.

generation.hd hat mit seinem Wahlprogramm 2014 die Ideen und Konzepte der letzten 10 Jahre fortgeschrieben und wünscht sich eine Stadt für alle.

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Ja, wir halten diese für notwendig. Die Einbeziehung der Stadtteilbewohner in hiesige Projekte ist nicht nur sozialer, sondern auch erfolgversprechend. Im Emmertsgrund könnte beispielsweise gefragt werden, ob die Emmertsgrundpassage noch ihren Zweck erfüllt und ob entsprechende Baumaßnahmen notwendig seien.

Bundnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Konzeptionelle Sozialplanung kann dabei helfen, den Überblick zu behalten und eine gezielte Priorisierung der freiwilligen Leistungen je nach Bedarf im jeweiligen Stadtteil bzw. Aufgabenbereich zu erleichtern. Sie kann auch dabei helfen, Risiken und neue Problemstellungen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Sozialraumanalyse und -planung legen einen Fokus auch auf das Zusammenleben der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort und vor allem auf ihre spezifischen Bedürfnisse. Nur wenn man weiß, wo es was gibt und was wo gebraucht wird ist eine gute Sozialraumplanung möglich. Dabei muss natürlich die Analyse sorgfältig fortgeschrieben werden und die (öffentlichen, privaten, ehrenamtlichen) Angebote so aufgebaut sein, dass auch eine räumliche Verlagerung bei Veränderung der Bedürfnislage leicht möglich ist.

CDU: Eine konzeptionelle Sozialplanung halten wir für wichtig. Eine Entwicklung von Sozialräumen ist abhängig von den einzelnen Stadtteilen und muss sich an den Gegebenheiten orientieren, deshalb lässt sich aus unserer Sicht hier keine Vereinheitlichung darstellen und ist auch nicht sinnvoll.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Ja

Nach dem Zusammentragen umfangreichen Datenmaterials in den Sozialberichten (Armut- und Reichtumsberichten) müssen Lösungen erarbeitet werden.

Freie Wähler: Eine grundsätzliche Sozialplanung ist sinnvoll, in den einzelnen Stadtteilen nicht isoliert von der Stadt.

GAL: Die Stadt Heidelberg sollte eine moderne Sozialplanung für die Gesamtstadt mit stadtteilbezogener Gliederung einführen und dafür und für die spätere Umsetzung auch Planstellen vorsehen.

SPD: Angesichts der Tatsache, dass Kinder und Jugendliche in Heidelberg das größte Armutsrisiko tragen, ist es nötig, dass die Stadt hier ihren Handlungsspielraum ausschöpft und dafür sorgt, dass diese Kinder größtmögliche Teilhabe- und Bildungschancen erhalten, damit sich Armut und womöglich Ausgrenzung nicht über Generationen hinweg vererben. Deshalb gilt es, die Sozialplanung für alle Bevölkerungsgruppen weiterzuentwickeln und mit den erforderlichen Ressourcen zu versehen. Auf unseren Antrag wurde im Doppelhaushalt 2013/14 das Ziel: Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität im Hasenleiser, Boxberg und Bergheim-West aufgenommen und mit der Erarbeitung eines Konzepts für ein Stadtteil-/Quartiersmanagement im Hasenleiser zur Entwicklung einer Quartiersidentität sowie gemeinwesenorientierter Sozialstrukturen begonnen.

Bewertung von Handlungsfeldern Sozialplanung:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Sozialplanung als kontinuierlicher Prozess	CDU, Linke, GAL, HDpf&er, FDP	BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, Piraten		
Sozialplanung unter Mitwirken der Träger und der Betroffenen	BL, CDU, SPD, Linke, FWV, GAL, HDpf&er, Piraten	B90/Grüne, Heidelberger, G.HD, FDP		
Sozialräumliche Betrachtung der Stadtteile	CDU, Linke, GAL, HDpf&er	BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, Piraten, FDP		
Dezentralisierung sozialer Angebote	BL, B90/Grüne, HDpf&er	CDU, SPD, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, G.HD, Piraten, FDP		
Gemeinwesenarbeit und Stadtteilmanagement im Quartier	BL, SPD, B90/Grüne, Linke, HDpf&er, G.HD	Heidelberger, FWV, GAL, Piraten, FDP	CDU	
Vernetzungen von Seniorenzentren und Bürgerzentren	SPD, HDpf&er, G.HD	B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, GAL	BL, Piraten, FDP	CDU
Soziale Durchmischung der Stadtteile	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, Piraten	Linke, FWV, GAL, G.HD, FDP		

Weitere Vorschläge und Ideen Sozialplanung:

FDP: -----

Piratenpartei: ----

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90–Die Grünen: ----

Bunte Linke: Für niederschweligen Zugang zu Unterstützungssystemen für die verschiedenen Bedürfnislagen ist zu sorgen. Auch dieser ist einfacher bei dezentraler Verteilung. „Hilfe aus einer Hand“ und zwar möglichst dezentral vor Ort ist ein Handlungsfeld, das wir der obigen Liste gerne mit höchster Priorität zufügen würden. Hinter dieser ersten Hand sollten sich dann die Verzweigungen im Hintergrund auftun zu den verschiedenen Spezialisten. Sozialräume müssen gemeinsam mit den Nachbarn und Betroffenen geplant und entwickelt werden. Rein städtische Impulse können zwar als Kristallisationspunkt und Starthilfe dienen, doch nur bürgerschaftliches Engagement sichert langfristig ein funktionierendes Zusammenleben. Hier ist die gesamte Stadtgesellschaft und jedeR Einzelne gefordert!

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Sozialtarife für Strom, Zuschussgrenzen für Mietnebenkosten für Empfänger von Transferleistungen erhöhen. Das Stadtteilmanagement auf dem Emmertsgrund muss erhalten bleiben, in Rohrbach-Hasenleiser sollte ein Quartiersmanagement entwickelt werden.

Freie Wähler: ----

GAL: Wichtig weitere Stadtteilzentren zu entwickeln, zum einen in den neuen Stadtteilen wie dann Mark Twain oder anderen Konversionsflächen und in den bestehenden Stadtteilen mit Handlungsbedarf wie Hasenleiser, Bergheim- West, Kirchheim.

SPD: Eine Stadt ist lebenswert, wenn die Menschen, die in ihr leben, lebendige Stadtteilzentren als Begegnungsräume vorfinden. Für uns heißt das, an Plätzen die Aufenthaltsqualität mit ausreichend Sitzgelegenheiten, Mülleimern und einem attraktiven Grünflächenangebot zu steigern. Außerdem wollen wir hochwertige Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche in zentraler Lage anbieten. Das Stadtteilmanagement im Emmertsgrund ist eine Erfolgsgeschichte, die wir in andere Heidelberger Stadtteile tragen wollen. Wir fordern ein Quartiersmanagement in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf sowie gezielte Angebote der offenen Jugend- und Gemeinwesenarbeit mit den Freien Trägern.

2. Materielle Armut

Welche konkreten Maßnahmen befürworten Sie zur Bekämpfung von materieller Armut?

FDP: Die FDP ist weniger für direkte finanzielle Transferleistungen, sondern unterstützt vielmehr Hilfe zur Selbsthilfe. Ausnahme sind zweckgebundene Leistungen an besonders Bedürftige zur Grundsicherung. Soziale Initiativen und Vereine sollen von der Stadt bestmögliche Rahmenbedingungen für ihre Arbeit bekommen.

Piratenpartei: Höchste Priorität müssen Maßnahmen haben, die die Situation der Menschen nachhaltig verbessern. Die meisten dieser Maßnahmen sind jedoch nur auf Bundesebene umsetzbar. So fordern wir mittel- bis langfristig ein bedingungsloses Grundeinkommen, um Menschen unabhängig von Erwerbstätigkeit eine finanzielle Absicherung zu ermöglichen, die vor Armut schützt. Die Förderung von Tafeln und materielle Unterstützungsfonds sind bis dahin eine Brückentechnologie, um Menschen in Armut zu helfen. Günstige oder besser: kostenlose Essen in Schulen und anderen Einrichtungen, auch für ältere Menschen sind notwendig.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Der größte Feind der Arbeit ist Unwissen! Deswegen plädieren wir für adäquate Lehrangebote, die auch an die Bedürfnisse unserer Zeit anknüpfen.

Bündnis90–Die Grünen: Die Regelsätze im SGB II und SGB XII sind bundespolitisch zu korrigieren. Auf lokaler Ebene befürworten wir eine bessere Sozialberatung für Transferleistungsempfänger/innen, ein besseres Beratungsangebot für ver- und überschuldete Menschen.

Bunte Linke: Das größte Ziel muss es sein, langfristig die Zahl der Armen zu vermindern durch die Ermöglichung von finanzieller Selbstversorgung und nicht durch faktischen Zwang zur Abwanderung aus Heidelberg. Es muss auch in Heidelberg möglich bleiben/werden mit einem Gehalt eines Facharbeiters bzw. Angestellten eine Familie zu ernähren!

Die Bereitstellung von Arbeitsplätzen für Menschen mit niedrigem Ausbildungsgrad ist allerdings in einer auf Forschung und Entwicklung und auf Arbeitsplätze für Akademiker ausgerichteten Stadt mit überwiegend Betrieben im gehobenen Dienstleistungssektor und nur ganz wenigen (klassischen) Produktionsbetrieben sehr schwer. Hier haben wir (leider!) kein Patentrezept.

Die Transferleistungen müssen auf ein Niveau angehoben werden, das ein Leben ohne Not erlaubt. Langfristig muss das System dieser Leistungen von Grund auf überarbeitet werden. Es erfüllt nicht nur seinen Zweck nicht, es ist auch mit erheblichem Kontrollaufwand und hohen Verwaltungskosten verbunden. Die Neuordnung fällt aber nicht in die Kompetenz städtischer Entscheidungsträger, hier sind Landes- und Bundesebene gefragt.

CDU: Die Menschen müssen möglichst dauerhaft in Lohn und Brot stehen, dadurch verringert sich die Gefahr des sozialen Abstiegs. Die Stadt kann hierzu beitragen, in dem Sie z. B. Firmen einen attraktiven Standort bietet, der wiederum zu einer Sicherung und Gewinnung von Arbeitsplätzen beiträgt. Grundsätzlich muss aber gelten „Hilfe zur Selbsthilfe“.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Sozialticket im ÖPNV für maximal 20 EUR im Verkehrsverbund Rhein-Neckar
Sozialtarife für Strom

Zuschussgrenzen für Mietnebenkosten

für Empfänger von Transferleistungen erhöhen

Besuch von Kultur- und Sporteinrichtungen müssen für arme Menschen stark ermäßigt werden oder im besten Fall kostenlos sein.

Freie Wähler : Zugang zur Berufstätigkeit durch gute Schulbildung

Senkung der Arbeitslosigkeit.

Unterstützungsfonds sind wichtig, sollen aber nicht vor Eigeninitiative schützen.... Heidelberg Paß hat schon jetzt ein breites Angebot und kann nicht beliebig erweitert werden

GAL: Unterstützung der bürgerschaftlichen Hilfsstrukturen. Gezielte städtische Hilfsfonds, Gute Beratungsstrukturen in Notfällen, Einflussnahme auf Jobcenter, Möglichkeiten eines Arbeitsmarktes für arme Menschen bis hin zu Formen der Subsistenzwirtschaft und Selbstversorgung.

SPD: Um Armut und Altersarmut zu verhindern und vorzubeugen brauchen Beschäftigte Löhne, die es ihnen und ihren Familien ermöglichen, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten und am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen zu können, sowie gesicherte Arbeitsplätze. Deshalb hat die Stadt Heidelberg als kommunaler Arbeitgeber für die Arbeitsplätze und die Arbeitsqualität eine besondere arbeitsmarkt- und sozialpolitische Verantwortung. Auf Dauer angelegte, reguläre Arbeiten und Funktionen dürfen nicht mit Leiharbeitskräften besetzt werden. Des Weiteren sollen betriebsbedingte Kündigungen sowie die Ausgliederung von Arbeitsplätzen ausgeschlossen werden. Die Steigerung der Energiepreise trifft die Ärmeren in unserer Stadt mit besonderer Härte. Der auf unsere Initiative im Jahr 2007 von den Stadtwerken aufgelegte Nothilfefonds bei Energieschulden („Aktion Nähe“) hat sich als Hilfe in größter Not sehr bewährt. Durch jährliche Berichtspflicht der Verwaltung wollen wir dessen Nutzung künftig genau beobachten, um rechtzeitig geeignete Nachjustierungen bzw. Ergänzungen einleiten zu können. Die SPD unterstützt die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen als wichtige Institutionen zur Bekämpfung von Armut für überschuldete Menschen. Es muss darauf Wert gelegt werden, dass die Ausstattung und der bauliche Zustand von Notwohnungen bzw. Übergangswohnheimen den allgemeinen Standards entsprechen und so die Menschenwürde gewährleisten. Die Unterbringung in Not- und Übergangsquartieren muss die Ausnahme bleiben und die Vermittlung in ein normales Mietverhältnis oberste Priorität haben.

Bewertung von Handlungsfeldern materielle Armut:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Mehr materielle Unterstützungsfonds schaffen	BL, Linke, GAL	SPD, Heidelberger, HDpf&er, G.HD, Piraten	CDU, B90/grüne, FWV, FDP	
Soziale Leistungen im Heidelberg Pass verbessern	BL, Linke, GAL, HDpf&er	SPD, B90/Grüne, DH, G.HD, Piraten, FDP	FWV	
Günstige Mittagessen in Schulen, Kitas und Seniorenzentren	BL, CDU, SPD, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	B90/Grüne, Heidelberger, G.HD, FDP	FWV	
Tafelläden unterstützen	CDU, Linke, HDpf&er	BL, Heidelberger, FWV, G.HD, FDP	SPD, B90/Grüne, GAL	
Lokale politische Initiativen zur Anhebung der SGB-Regelsätze	BL, B90/Grüne, Heidelberger, Linke	CDU, SPD, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten	FWV, FDP	
Bessere Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes	BL, SPD, B90/Grüne, HDpf&er, G.HD, Piraten	CDU, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, FDP		

Weitere Vorschläge und Ideen materielle Armut:

FDP: ----

Piratenpartei: Die Unterstützung von Tafeln ist immer ein zweiseitiges Schwert. Zum einen hilft es Betroffenen kurzfristig, zum anderen zementiert es die Situation und macht Betroffene zu Bittstellern. Deshalb haben wir uns bei dieser Frage enthalten.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90–Die Grünen: ----

Bunte Linke: Wichtigster langfristig wirkender Parameter zum Ausstieg aus der Armut ist Bildung. Kinder aus armen Familien müssen ganz gezielt gefördert werden, damit sie die Chance zum Aufstieg erhalten. Finanzielle Unterstützung ohne Diskriminierung wäre schön, wird in unserem aktuellen Sozialsystem aber noch lange ein Traum bleiben. Wir brauchen dringend günstigen Wohnraum (und auch günstige Wirtschaftsflächen für Handel und Gewerbe damit eine kostengünstige Versorgung möglich bleibt/wird) und dürfen die vorhandenen kostengünstigen Flächen nicht minimieren.

CDU: Aus unserer Sicht gibt es bereits jetzt ausreichend Fördertöpfe, die Bedürftige Menschen unterstützen, zusätzliche weitere Unterstützungsfonds halten wir nicht für notwendig. Vielmehr müssen die vorhandenen Unterstützungsfonds besser miteinander vernetzt werden.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Kostenlose Mitgliedschaft in allen Sport- und Kulturvereinen, die städtische Förderung erhalten, insbesondere auch für Kinder und Jugendliche aus einkommensschwachen Haushalten. Die Teilhabe finanziell benachteiligter Menschen hat für uns Priorität im Haushalt. Lokale, materielle Unterstützungsfonds unterstützen wir und wollen diese in enger Zusammenarbeit mit den Betroffenen gestalten.

Freie Wähler: ----

GAL: ----

SPD: Wir sagen Projekten der Kirchen, Gewerkschaften oder der Freien Wohlfahrtspflege, wie z.B. der AWO, dem Manna-Projekt der Diakonie, dem Kinderschutzzentrum oder Organisationen wie Obdach e.V. unsere Unterstützung zu. Die soziale Arbeit für Menschen in Not- und Übergangsquartieren ist politisch notwendig und wird von uns nachhaltig unterstützt. Dezentrale Unterkünfte sind vorrangig zu halten und einzurichten. Dies gilt besonders für aufzunehmende Flüchtlinge. Vorhandene zentrale Quartiere mit größerer Aufnahmekapazität, wie z.B. das Notwohngebiet Mörgelgewann, werden wir im Rahmen der Konversionsentwicklung in eine qualitativ gehobene Stadt(teil)entwicklung einbinden. „Tafelläden unterstützen“ bekommt unsererseits eine geringe Priorität, weil das sich selbst organisierende System ‚Tafelläden‘ in Symbiose mit dem Lebensmittelhandel und anderen Sponsoren (z. B. Automobilindustrie > Transport- und Kühlfahrzeuge) nach rd. 20 Jahren sich auch in unserer Stadt mit großer privater Unterstützung gut etabliert hat. Dieses System „neuer“ Subsidiarität findet großen Zuspruch und potente Unterstützung.

3. Wohnen

Wie wird eine ausreichende und dauerhaft preisgünstige Wohnungsversorgung von Menschen mit geringem Einkommen in Heidelberg erreicht?

FDP: Durch Nutzung der Konversionsflächen, Nachverdichtung und neue Baugebiete sollte das Angebot an Wohnraum bedarfsgerecht erhöht werden. Dadurch sinkt tendenziell der Mietpreis.

Piratenpartei: Wir wollen im Rahmen der Konversion sicherstellen, dass preisgünstiger Wohnraum entsteht. Dabei sollen die neu entstehenden Wohngebiete eine soziale Durchmischung sicherstellen und ein hohes Maß an Barrierefreiheit, vor allem auch im günstigen Preissektor, gewährleisten. Auch Freiräume für alternative Wohnkonzepte sollen dort geschaffen werden.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Wir hoffen, den Mietspiegel in Heidelberg langfristig durch die freiwerdenden Konversionsflächen senken zu können.

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Vorhandener kostengünstiger Wohnraum muss erhalten werden! ! Dies gilt nicht zuletzt für die Wohngebäude auf den US-Flächen, die nicht – wie in der Südstadt jetzt vorgesehen – flächenhaft abgerissen werden dürfen. Bestehende Quartiere mit kostengünstigem Wohnraum müssen aufgewertet werden, damit der (oft nur gefühlte) Ghetto-Charakter abgebaut wird.

CDU: Eine Versorgung von dauerhaft preisgünstigem Wohnraum ist in einem Ballungsraum nicht einfach. Möglich ist dies nur, wenn Investoren Anreize haben, wie z.B. durch eine Verdichtung von vorhandenem Sanierungsraum, um durch die „Masse“ wieder auf ihre Kosten zu kommen. Dies lässt sich am leichtesten auf den jetzt frei werdenden Konversionsflächen durchführen. Wichtig ist jedoch, dass diese Wohngebiete sozial durchmischt werden.

Die Heidelberger: Unterstützung der GGH und "heidelbergverträgliche" Entwicklung der US-Flächen.

Die Linke: Als preiswerte Miete muss weniger als 6,- Euro pro Quadratmeter festgelegt werden. Die Sozialwohnungen im Besitz der GGH müssen nicht nur erhalten bleiben, sondern in allen Stadtteilen deutlich ausgebaut werden. Wichtig ist, dass die Stadt die Konversionsflächen nicht an meistbietende Privatinvestoren verkauft, um diese Chance zur Entwicklung bezahlbaren Wohnraums zu nutzen.

Freie Wähler: Der Standard sollte überdacht werden. Passivhaus nur bei Neubauten der Stadt, Privat gibt es auch darunter vernünftige Möglichkeiten. Baugruppen und genossenschaftliches Wohnen könnten helfen.

GAL: Durch eine umfassende neue aktive Wohnungspolitik mit einem modernen „Handlungsprogramm Wohnen“, einem regionalen Wohnbaufonds zur Finanzierung und einer sozialen Durchmischung und preisgünstigen Wohnungen auf allen Konversionsgebieten. Wohnen muss in allen Stadtteilen mit sozialer Inklusion einhergehen, wichtig sind gut sozial durchmischte Stadtteile.

SPD: Durch die „Wohnraumbedarfsanalyse 2030“ wurde bestätigt, dass besonders Haushalte mit geringeren Einkommen in Heidelberg kaum noch ein bezahlbares Angebot auf dem Wohnungsmarkt finden. Wir fordern daher ein „Handlungsprogramm Wohnen“ (siehe unser Antrag vom Okt. 2013: <http://spd-fraktion->

heidelberg.de/show_artikel.htm?id=1680&search=Handlungsprogramm&filter=). Das Angebot an bezahlbaren Mietwohnungen muss im ganzen Stadtgebiet gezielt erhöht werden. Der GGH als städtischem Wohnungsunternehmen kommt hier eine wichtige Rolle zu. Zielgruppen sind dabei Studierende, Auszubildende, Alleinerziehende und junge Familien. Auch die Bedürfnisse finanziell eingeschränkter Seniorinnen und Senioren müssen berücksichtigt werden, insbesondere im Hinblick auf günstiges, barrierefreies Wohnen. Eine preiswerte Miete heißt für uns 5,50 €/qm Kaltmiete. Wirklich preisgünstiges Wohnen ist auch bei der GGH nur im Altbaubestand zu verwirklichen. Deshalb darf eine, auch denkmalgeschützte, Wohnsiedlung wie die Blaue Heimat nicht abgerissen werden, sondern muss behutsam und bedarfsgerecht saniert und erhalten werden. Dabei muss die Stadt innovative Wohnprojekte und Baugruppen bei der Realisierung ihrer Projekte unterstützen. Dies gilt für das gesamte Stadtgebiet, insbesondere für die Konversionsflächen.

Bewertung von Handlungsfeldern Wohnen:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Preisgünstiger Wohnraum auf den Konversionsflächen	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberg, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten, FDP	FWV, G.HD		
Günstiger Wohnraum in allen Stadtteilen	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD	Heidelberger, FWV, Piraten, FDP		
Soziale Durchmischung als Grundprinzip in allen Stadtteilen	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	FWV, G.HD, FDP		
Wohnraumversorgung besonderer einkommensschwacher Bedarfsgruppen (z.B. Alleinerziehende, SGB II Bezieher) sicherstellen	CDU, SPD, B90/Heidelberger, Heidelberger, GAL, HDpf&er, G.HD	BL, Linke, FWV, FDP		
Dezentrale Notwohnungsversorgung aufbauen und Notwohngebiet auflösen	BL, Linke, GAL	SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP	CDU, FWV	
Wohnkonzept für junge Erwachsene mit Planungsquoten in allen Stadtteilen	SPD, Linke, GAL, HDpf&er	BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, Piraten	FDP	
Wohnraumbedarfsplanung für arme Menschen	SPD, GAL, HDpf&er	BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, G.HD, Piraten, FDP		

Weitere Vorschläge und Ideen Wohnen:

FDP: ----

Piratenpartei: Preisgünstigen barrierefreien Wohnraum schaffen

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90Die Grünen: Gute Beratung und Betreuung bei der Wohnungssuche und beim Wohnungswechsel durch das Sozialamt.

Bunte Linke: Gemeinschaftliche Wohnprojekte und ähnliche Konzepte bieten hier – wenn auch nicht als großräumige Lösung für ganze Stadtteile – erheblichen Mehrwert gegenüber Bauträgermodellen. Praktisch alle in Heidelberg angedachten Varianten gemeinschaftlicher Wohnprojekte zielen darauf, Wohnflächen langfristig dem Immobilienmarkt zu entziehen und so eine Basis für langfristig günstige Mieten zu schaffen. Ebenfalls verstehen sich alle als Solidargemeinschaft in die private Lebenssphäre hinein und sie möchten etwas von dieser Solidarität in die Nachbarschaft tragen. Sie brauchen aber Zeit, dürfen bei der Vergabe von Flächen nicht „normalen“ Bauherren und Bauträgern gleichgestellt werden und müssen bei der Finanzierung Spielräume erhalten. Die GGH muss ihren sozialen Auftrag wieder besser erfüllen, dazu gehören auch Verbesserungen bei der Mieterberatung und Wohnungsvermittlung.

CDU: Eine generelle dezentrale Notwohnungsversorgung ist nicht unbedingt immer sinnvoll, da es auch Menschen gibt, die sich nicht in soziale Strukturen einpassen lassen.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Kein Abriss von Sozialwohnungen oder anderer erhaltenswerter Wohnungen z.B. auf dem Gebiet der Konversionsflächen, Erhalt der Sozialwohnung im Besitz der GGH. Privatisierungen im Bereich der Daseinsvorsorge führen zu Preissteigerungen und werden daher von DIE LINKE abgelehnt.

Eine große Gefahr sieht DIE LINKE darin, dass von den Verhandlungen mit der BIMA über den Verkauf der Konversionsflächen wenig bekannt wird. Hier sollte der Gemeinderat viel stärker als bisher seine demokratischen Einflussmöglichkeiten nutzen.

Freie Wähler: Wohnraum auch für AzuBis und Arbeitnehmer, die hier Arbeit finden aber noch keine endgültige Wohnung haben.

GAL: ----

SPD: „Gutes Wohnen“ heißt auch, dass man kurze Wege zum Arbeitsplatz und den wichtigen Versorgungseinrichtungen des täglichen Lebens hat. Durch den Erwerb und die Zurverfügungstellung von Immobilien für die Nahversorgung muss die Stadt in unseren Augen gezielt Vorsorge treffen. Als Vorbild kann der Ankauf der Räumlichkeiten im Forum auf dem Emmertsgrund dienen. Für die Planungen in der Bahnstadt und den Konversionsflächen bedeutet dies: Nahversorgungsstandorte und Gewerbeflächen für Kleindienstleister frühzeitig in der Planung berücksichtigen. Das seit 2014 in Baden-Württemberg geltende Zweckentfremdungsverbotsgesetz halten wir für ein geeignetes Instrument, um Leerstand und gewerbliche Umnutzung von Wohnraum zu verhindern. Die Ausweitung des Angebots an preisgünstigem Wohnraum wollen wir aktiv von Seiten der Stadt steuern und langfristig sichern lassen. Dafür gilt es, die bisherigen Programme effektiver zu machen.

4. Mobilität

Wie wichtig ist eine gute Mobilität für Menschen mit geringem Einkommen und wie kann sie sichergestellt werden?

FDP: Es muss sichergestellt werden, dass auch Menschen mit geringem Einkommen mobil sind, um beruflichen und privaten Interessen nachgehen können. Die Umsetzung sehen wir vor allem in einer günstigen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs.

Piratenpartei: Mobilität ist ein zentraler Bestandteil der sozialen Teilhabe, die zu dem wichtigsten Punkt unseres Wahlprogramms gehört, der Inklusion.

Wir fordern den fahrscheinlosen ÖPNV, der umlagefinanziert ist. Besonders Familien und Menschen mit geringem Einkommen würden davon stark profitieren.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Gerade einkommensschwache Menschen sind auf den ÖPNV angewiesen. Deswegen fordern wir hierzu günstige Möglichkeiten wie etwa das Heidelbergticket bzw. Sozialticket für 20 Euro und zwar unabhängig von Familienstand oder Alter und Behinderung.

Bündnis90- Die Grünen: ----

Bunte Linke: Die Bunte Linke hat sich hierzu immer klar geäußert: Mobilität muss auch für Menschen mit geringem Einkommen sichergestellt werden. Nur mobile Menschen können am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilhaben und nur mobile Menschen können auch zu vielleicht etwas entfernteren Arbeitsplätzen kommen. Ein Sozialticket, das mit dem dafür vorgesehenen Anteil im HartzIV auch bezahlt werden kann, ist das Mindeste! Wir haben entsprechende Anträge gestellt und dieser Zielsetzung entsprechend abgestimmt. Hier sind aber auch überörtliche Ebenen gefordert – ein Landes- oder Bundessozialticket muss möglichst schnell kommen.

CDU: Eine gute Mobilität ist grundsätzlich für alle Menschen wichtig. Menschen mit geringem Einkommen müssen auch ihre Bedürfnisse erledigen können, deshalb unterstützen wir auch ein Sozialticket. Jedoch gilt auch hier „Hilfe zur Selbsthilfe“

Die Heidelberger: Wichtig – durch Ausbau von Sozial- und Kurzstreckentickets.

Die Linke: Für uns ist Mobilität ein Menschenrecht. Menschen mit geringem Einkommen müssen ein vergünstigtes Sozialticket von maximal 20 EUR im Monat für den Verkehrsverbund Rhein-Neckar erhalten.

Freie Wähler: Das Sozialticket wird von allen Parteien und Gruppierungen getragen
Für den gesamten Verkehrsverbund nicht bedingungslos realisierbar.

GAL: Mobilität ist ein wichtiges Gut in der Lebensqualität und ein Element des sozialen Existenzminimums. Dem hohe Rang von Mobilität für Arbeitslose und arme Menschen kann durch eine Erweiterung des Sozialtickets ins Umland und dessen Einführung im gesamten Verkehrsverbundes Rechnung getragen werden. Es muss eine Lösung für die ganze Metropolregion gefunden werden und es ist das politische Ziel, dass sich der VRN bewegt und ein solches Konzept mit einer eigenen Karte inhaltlich und finanziell mitträgt.

SPD: Wir wollen, dass jeder Mensch in Heidelberg mobil sein kann, unabhängig von der jeweiligen individuellen Situation! Unser Grundsatz ist die gerechte Verteilung des vorhandenen Straßenraums. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das Sozial-Ticket auch nach der Probephase fortgeführt wird, da es gesellschaftliche Teilhabe durch Mobilität für alle ermöglicht.

Bewertung von Handlungsfeldern Mobilität:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Dauerhafte Sicherung des Heidelberger Sozialtickets	BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten, FDP	CDU, FWV, G.HD		
Beteiligung des Verkehrsverbundes	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Linke, FWV, GAL, HDpf&er, Piraten, FDP	Heidelberger, G.HD		
Sozialticket für alle Armen in der Metropolregion	BL, SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD, FDP	CDU, FWV, Piraten	Heidelberger	
Sozialticket für den ganzen Verkehrsverbund für 20 €	BL, Linke, GAL	CDU, SPD, B90/Grüne, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP	Heidelberger, FWV	
Radverkehr als günstige Mobilitätsalternative unterstützen	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, FWV, GAL, HDpf&er, FDP	Heidelberger, Linke, G.HD, Piraten		

Weitere Vorschläge und Ideen Mobilität:

FDP: ----

Piratenpartei: Fahrscheinloser ÖPNV.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Einen Ausweg aus der Grenzziehung, wie arm man sein muss, um verbilligt fahren zu dürfen, böte der fahrscheinlose Nahverkehr für alle. Er könnte finanziert werden über eine kommunale Abgabe, die nach Einkommen gestaffelt ist. Dies ist unsere Vision für den ÖPNV der (voraussichtliche leider fernen) Zukunft ... Schüler und Junge Erwachsene aus Familien mit geringem Haushaltseinkommen (oberhalb der Grenzen des HD-Passes) sollten ein kostenloses bzw. preisreduziertes MAXX-Ticket erhalten können, damit der faktische Zwang zum Schwarzfahren mit allen damit verbundenen (juristischen) Konsequenzen entfällt. An der Finanzierung sollte sich das Land, das für die Schülerbeförderung mit zuständig ist, in größerem Umfang beteiligen. Insbesondere in den Wohngegenden, in denen (aktuell noch) vorwiegend die ärmeren Bevölkerungsschichten wohnen, muss der ÖPNV auch in Schwachlastzeiten zuverlässig für Mobilität sorgen. Günstige Kurzstreckentickets in allen Stadtteilen fördern die individuelle Mobilität mittels ÖPNV auch für die Menschen, deren Einkommen knapp über den Grenzen des Heidelberg-Passes liegt. Der Fahrradverkehr ist der Verkehr mit den größten Wachstumsraten und auch für Menschen mit geringerem Einkommen in der Regel erschwinglich. Das Fahrradwegenetz sollte deshalb rasch ausgebaut werden.

CDU: ----

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Das Sozialticket kann nur im Kundenzentrum am Hauptbahnhof bezogen werden. Auch die Bürgerämter sollten über das Sozialticket informieren und es sollten weitere Möglichkeiten des Verkaufes des Sozialtickets geschaffen werden.

Nach letzten Angaben betrug der Nutzungsgrad des Sozialtickets ca. 10 Prozent. Eine Verbesserung der Informationslage und eine deutliche Preissenkung wird zu einem deutlichen Anstieg des Nutzungsgrades führen.

Freie Wähler: ----

GAL: ----

SPD: ----

5. Arbeitslosigkeit

Welche Schwerpunkte zur Beschäftigung und Integration besonders benachteiligter Arbeitsloser soll die Stadt Heidelberg setzen?

FDP: Besonders benachteiligte Arbeitslose sollen durch konstruktive und aktivierende Weiterbildungsmaßnahmen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Piratenpartei: Menschen mit unterschiedlichen Problemen brauchen unterschiedliche Maßnahmen. Bei Menschen mit körperlichen, Lern- und psychischen Behinderungen sollte unserer Meinung nach der Schwerpunkt auf einer Inklusion auf dem ersten Arbeitsmarkt und somit weg von separaten Werkstätten und ähnlichen Betrieben liegen, in denen die Betroffenen isoliert von der übrigen Arbeitswelt arbeiten. Wir wollen daher in der Stadt Angebote entwickeln, die die Inklusion von Menschen mit Behinderungen in den ersten Arbeitsmarkt fördern. Bei Menschen mit Migrationshintergrund steht oftmals Sprachförderung im Vordergrund.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: s.u.

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Die Sozialen Beschäftigungsbetriebe in Heidelberg leisten gute Arbeit, doch muss die Zielsetzung „Integration in den Ersten Arbeitsmarkt“ stärker verfolgt werden.

CDU: Grundsätzlich müssen diese betroffenen Personenkreise auch bereit sein, sich für die Gesellschaft einzubringen. Es muss versucht werden, diese Personen wieder an den ersten Arbeitsmarkt heranzuführen. Denkbar sind hierzu spezielle städtische Programme, oder das Einrichten von Arbeitsplätzen, die einfache Arbeiten beinhalten.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Von der Stadt als Arbeitgeber erwarten wir, dass sie ihren Beschäftigten ordentlich nach Tarif bezahlt und die gesetzlichen Vorgaben zur Beschäftigung behinderter Menschen einhält. Auch bei Auftragsvergaben müssen diese sozialen Kriterien berücksichtigt werden.

Freie Wähler: Bildung, um überhaupt Ausbildungsfähigkeit zu erreichen
Bereitstellung von Einfacharbeitsplätzen
Es gibt genug freie Ausbildungsplätze, Flexibilität ist gefragt.

GAL: Die besondere Situation in Heidelberg mit vielen Langzeitarbeitslosen mit geringer Qualifikation und vielfältigen Problemlagen muß in den Blick. Es muß mehr einfache Arbeitsstellen in Sozialbetrieben und Unternehmen, vorzugsweise kleineren, geben. Diese sind entsprechend unter Nutzung aller Bundesprogramme und mit Unterstützung der Stadt zu fördern. Die besonderen Gruppen in Heidelberg wie Alleinerziehende, junge Menschen, Ältere, Menschen mit Behinderungen sind in den Fokus zu nehmen.
Das Programm aktive Beschäftigungspolitik muss aktiviert und viel breiter nutzbar gemacht werden.

SPD: Ziel von Stadtpolitik muss es im Rahmen ihrer Möglichkeiten sein, Menschen in Arbeit zu bringen und Menschen in Arbeit zu halten. Wirtschaftsförderung und Stärkung des Handwerks zur Stabilisierung des 1. Arbeitsmarktes sind für die SPD von großer Bedeutung. Wo der 1. Arbeitsmarkt keine Möglichkeiten bietet, müssen die Menschen über Beschäftigungsgesellschaften in Arbeit gebracht werden. Das gelingt durch gezielte städtische Förderung und Vergabe öffentlicher Aufträge, gekoppelt an Sozialkriterien. Soziale Kriterien im Vergabeverfahren sind insbesondere Tarifgebundenheit, Schutz tariflicher Arbeitsbedingungen und Gleichbehandlung von Mann und Frau. Abgesehen von der sozialpolitischen Dimension, der Hilfe beim Übergang aus der Arbeitslosigkeit in ein festes Arbeitsverhältnis, hilft dieses Engagement auch, Transferleistungen bzw. Abhängigkeit von Transferleistungen zu vermeiden.
Wir wollen Menschen in Arbeit bringen, deshalb muss das bewährte „Heidelberger Programm für Beschäftigung“ im städtischen Haushalt weitergeführt und, wenn möglich, verstärkt werden. Heidelberg ist bundesweit bekannt für sein Engagement für soziale Beschäftigungsunternehmen im 3. System, z.B. Die Werkstatt gGmbH oder die Heidelberger Dienste, wo gerade Langzeitarbeitslose neue Chancen erhalten; ebenso zu nennen ist die erfolgreiche „Initiative zur

Förderung von Arbeitsplätzen für psychisch Kranke e.V.“ Deshalb unterstützen wir auch zukünftig Modelle für „behindertengerechte Ausbildungs- und Arbeitsplätze. Wir wollen, dass die Stadt unter besonderer Berücksichtigung unserer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger auch weiterhin Ausbildungsplätze in der Verwaltung über ihren eigenen Bedarf hinaus anbietet. Die Jugendagentur also wichtige Institution der Jugendberufshilfe (Übergang Schule – Beruf) soll in ihrem Bestand gesichert werden. Siehe auch unsere Antwort zu Frage 2.

Bewertung von Handlungsfeldern Arbeitslosigkeit:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Entwicklung von kommunalen Konzepten für langzeitarbeitslose SGB II Bezieher	SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	BL, CDU, Linke, FWV, G.HD, FDP		
Schaffung von Arbeitsplätzen in Sozialbetrieben	BL, CDU, SPD, GAL	B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD, Piraten	FDP	
Schaffung von Einfacharbeitsplätzen bei der Stadt	CDU, GAL, Piraten	BL, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD	FDP	
Hilfen für besonders betroffene Gruppen wie Alleinerziehende, Menschen mit Behinderungen, ehemals Nichtsesshafte, Ältere etc	BL, CDU, SPD, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	B90/Grüne, Heidelberger, FWV, G.HD, FDP		
regionaler Ausbildungspakt: jeder Jugendliche bekommt eine Lehrstelle	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, HDpf&er, G.HD, Piraten	Linke, FWV, GAL		
Koordinierte und auf Ausbildung ausgerichtete Maßnahmen für nicht ausbildungsreife Schulabgänger	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Piraten	Linke, Heidelberger, FWV, GAL, HDpf&er, G.HD, FDP		
Ausbau des Programms Aktive Beschäftigungspolitik	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, HDpf&er	Heidelberger, Linke, FWV, GAL, G.HD, Piraten	FDP	
Mehr Beschäftigung und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung	BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, HDpf&er, Piraten	FWV, GAL, G.HD, FDP		

Weitere Vorschläge und Ideen Arbeitslosigkeit:

FDP: Bau eines Ausbildungshauses und Betreiben dieses Hauses durch die Heidelberger Dienste, um Auszubildende die nicht aus dem Großraum Heidelberg stammen, eine günstige Wohnmöglichkeit zu schaffen.

Anmerkungen:

Die FDP setzt sich dafür ein, günstige Rahmenbedingungen für die Schaffung von nachhaltigen Arbeitsplätzen – die Anzahl von Arbeitsplätzen im staatlichen Bereich sollte sich immer am konkreten Bedarf orientieren. Bereits seit Jahren finden viele Handwerksbetriebe, soziale Einrichtungen etc. keine Auszubildenden mehr. Daher muss das Heidelberger Projekt „Move for your future! – Welcome to Heidelberg“ noch stärker von der Stadt und anderen Institutionen unterstützt werden.

Die FDP unterstützt Ausbildungsstätten bei der Bereitstellung von Lehrstellen. Der Staat sollte die Jugendlichen bei Ihrer Suche durch aktive Angebotsbereitstellung unterstützen. Die beste Unterstützung bei der Ausbildungsplatzsuche ist eine gute schulische Bildung (siehe Punkt 7)

Piratenpartei: ----

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Die Schaffung von (Einfach-)Arbeitsplätzen, die tariflich entlohnt und sozialversicherungspflichtig auf Dauer angelegt sind (dann gerne auch in den Sozialbetrieben), muss höchste Priorität haben. Solche Arbeitsplätze sollten verstärkt öffentlich gefördert werden, auch außerhalb der Sozialbetriebe. Auch hier sind überörtliche staatliche Ebenen bei der Finanzierung gefragt. Eine Modifizierung des Programms Aktive Beschäftigungspolitik mit noch stärkerer Verknüpfung als bisher an soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge muss erfolgen. Wir sind gegen jede Form prekärer Beschäftigung bei den Heidelberger Diensten und bei allen Sozialen Beschäftigungsbetrieben.

CDU: Grundsätzlich ist auch eine Bereitschaft der entsprechenden Personen notwendig, was nützen Programme wenn

die betroffenen Personen sich nicht eingliedern lassen wollen? Bei aller Förderung darf eine Ungleichbehandlung der im normalen Leben stehenden Menschen nicht stattfinden.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Keine "Ein-Euro Jobs" oder „Bürgerarbeit“ in kommunaler Verantwortung.
Öffentliche Aufträge nur an Firmen, die einen Mindestlohn von über 10 Euro die Stunde zahlen, Zeitarbeit begrenzen, Betriebsräte zulassen und sich an ortsübliche Tarifverträge halten.
Bürgerarbeit“ lehnen wir ab, insbesondere dort, wo sie den Arbeitslosen aufgezwungen wurde.

Freie Wähler: ----

GAL: ----

SPD: ----

6. Integration und Inklusion

Haben Sie Vorschläge und Konzepte für eine Teilhabe aller – auch der einkommensschwachen - Heidelberger Bürger an einer toleranten Stadtgesellschaft?

FDP: Der Zugang zur Teilhabe an der Stadtgesellschaft ist in vielen Bereichen schon jetzt einkommensunabhängig (Politik, Kultur, Verkehr). Ein wichtiger Erfolgsfaktor für Integration und Inklusion ist eine positive Grundhaltung von allen Seiten.

Piratenpartei: Wir wollen Barrieren in Heidelberg abbauen und erreichen, dass alle Menschen unabhängig von Behinderungen, Geschlecht, Herkunft oder anderen Merkmalen am öffentlichen Leben teilhaben können.

Menschengruppen, die häufig marginalisiert werden, müssen aktiv in das gesellschaftliche Leben eingebunden werden. Dazu gehören natürlich auch einkommensschwache Menschen. Denn auch ein niedriges Einkommen kann eine Barriere sein, da viele gesellschaftliche Aktivitäten mit Kosten verbunden sind. Die Förderung von Projekten und Vereinen soll unter anderem an Bemühungen zu Inklusion geknüpft werden. Die kulturellen und gesellschaftlichen Angebote für Erwachsene in der Stadt wollen wir so barrierearm und inklusiv gestalten, dass alle sie nutzen können. Dazu gehört Barrierearmut für Menschen mit Behinderungen ebenso wie der Abbau finanzieller Hürden, die Menschen mit geringerem Einkommen von der Teilhabe ausschließen, aber auch die Schaffung eines Klimas der Akzeptanz in städtischen Einrichtungen und Angeboten sowie in Vereinen. Unser Ziel ist es, dass sich niemand aufgrund von Eigenschaften wie Geschlecht, sexueller Orientierung und Identität, Herkunft, Behinderung oder sozialem Status von Angeboten in unserer Stadt ausgegrenzt fühlen darf. Wir wollen zu diesem Zweck einen Kriterienkatalog erarbeiten, der Inklusion und Teilhabe zu einem zentralen Entscheidungskriterium über die Förderung von Angeboten und Vereinen macht.

Bezüglich der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen orientieren wir uns an den Forderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen und wollen in enger Zusammenarbeit mit dem bmb ein besonderes Augenmerk auf ihre möglichst zeitnahe und vollständige Umsetzung auf kommunaler Ebene richten.

Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen darüber hinaus Freizeitangebote, die allen offen stehen, also beispielsweise barrierefrei und auch für Menschen mit geringen finanziellen Mitteln nutzbar sind, und in denen ein Klima der Akzeptanz herrscht, das Menschen unabhängig von einer Behinderung, ihrer Herkunft, sexuellen Orientierung und Identität oder ihrem sozialen Status teilhaben lässt. Solche nach Möglichkeit weitestgehend selbstverwalteten Angebote wünschen wir uns als festen Bestandteil der Heidelberger Jugendkultur.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Heidelberg ist auf einem guten Weg. Die Inklusion wird nun nach und nach in die Praxis eingeführt und das begrüßen wir auf das herzlichste. Und doch sind noch Ängste der Eltern zu vernehmen. Hier bedarf es hinreichender Informationsveranstaltungen vor Ort.

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Toleranz kann nicht von oben verordnet werden. Toleranz allein genügt auch nicht, Ziel ist die Solidarische Stadt. Wir sind für eine Stadtgesellschaft an der JedeR unabhängig von Herkunft, Kultur, Religion, sexueller

Orientierung und Einkommen gleichberechtigt Teil hat.

CDU: Soweit es über die Stadtgesellschaft regelbar ist, sollte jeder Bürger und jede Bürgerin ein soziales Jahr absolvieren. Eigentlich müsste dies als Bundesvorgabe geschehen. Dies würde erheblich dazu beitragen, das soziale Verständnis in unserer Gesellschaft zu wecken und zu stärken.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: DIE LINKE fordert:

- Barrierefreiheit im ÖPNV weiterhin konsequent ausbauen,
- inklusive Schulen und gemeinsames Lernen
- Konversionsflächen nutzen, um vermehrt barrierefreien Wohnraum zu schaffen
- Mindestlohn für Beschäftigte in den Werkstätten mit Behinderten

Freie Wähler: Anregung zur aktiven Teilnahme am gesellschaftlichen Leben besonders im Bereich der Vereine, Sportvereine, Chöre beispielsweise

Die genannten Gremien werden überall gehört, Stimmrecht müsste durch Änderung der Gemeindeordnung möglich gemacht werden..., ist nicht zwingend erforderlich

Die Inklusion muss sehr sorgfältig und individuell vorgenommen werden. Zur Zeit stellt das Land nicht die erforderlichen Mittel dafür zur Verfügung.

GAL: Beteiligung bei Erarbeitung und Umsetzung guter Konzepte bei Bildung, Wohnen und Beschäftigung können Ausgangspunkt für mehr Teilhabe sein, die mehr ist als nur Theorie. Dazu gehören dauerhafte Beteiligungsverfahren bei den städtischen Vorhaben. Die Mitwirkungsgremien wie BMB und AMR haben eine wichtige Funktion für die von ihnen vertretenen Menschen. Sie sollen daher gestützt und gestärkt und in Entscheidungsprozesse eingebunden werden. Teilhabeprozesse für Menschen mit geringerer Bildung brauchen Unterstützung vor Ort und im Quartier. Lotsen, Gemeinwesenarbeit und Stadtteilmanagement können Strukturen sein, die diese aufbauen. Ansätze gibt es da beim Stadtteilmanagement Emmertsgrund.

Inklusion ist eine Daueraufgabe in allen Handlungsfeldern kommunaler Politik, so z.B. in den Handlungsfeldern Wohnen, Arbeiten, Freizeit und auch für alle Gruppen wie Menschen mit Behinderung, Migrationshintergrund, arbeitslos und arm, in allen Familienlebensformen und sexuellen Orientierungen.

Dies alles darf für soziale Teilhabe keine Rolle spielen und an allen Stellen, an denen es Einschränkungen gibt, Ob es Rassismus in den Köpfen ist oder bauliche Barrieren im Alltag sind muss die Stadt und die Stadtgesellschaft Ressourcen,

Geld und Engagement zur Beseitigung aufbringen. Wir wollen für die kommunale Politik unseren Teil beitragen.

SPD: Wir heißen Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft in Heidelberg als Mitglieder der Stadtgemeinschaft willkommen. Dabei sind die Voraussetzungen für eine breite Willkommens- und Integrationskultur in Heidelberg besser als in anderen Städten Deutschlands. Ungefähr ein Drittel der Stadtbevölkerung hat Wurzeln außerhalb Deutschlands. Dies hat mit dem Charakter der Wissenschaftsstadt zu tun, aber auch mit „klassischen“ Migrationsbiografien der 60er und 70er Jahre und später. Als SPD ist es uns wichtig, diesen Menschen und den folgenden Generationen ein Gefühl der Anerkennung für den Beitrag zu unserer Stadtgemeinschaft und Wirtschaftsleistung zu vermitteln. Die SPD Heidelberg fordert die Einführung eines städtischen Integrationspreises für Menschen, deren Lebensweg besonders mit der Migration nach Heidelberg verbunden ist. Dabei können sowohl außergewöhnliche Leistungen um die Stadt, Forschung oder Kulturverständigung als auch ganz „normale“ Lebenswege ausgezeichnet werden, die sich besonders durch lebenslange Arbeit in Heidelberg auszeichnen. Neben der Anerkennung der Leistungen von Menschen ohne deutschen Pass in unserer Stadt dürfen wir natürlich die bestehenden Probleme im Bereich Migration nicht aus dem Blick verlieren.

Wir wollen allen Menschen die gleichen Bildungs- und Berufschancen eröffnen. Konkret heißt das für uns auch, dass der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in Ämtern und Behörden erhöht werden muss. Nicht nur für Migrantinnen und Migranten, sondern auch für alle anderen Menschen, die gesellschaftlich vermehrt mit Diskriminierung rechnen müssen, wünschen wir uns die Einführung anonymer Bewerbungsverfahren für städtische Stellenausschreibungen. Im Rahmen unserer Vorstellungen der sozialen Stadt stehen wir gegen soziale, ethische und kulturelle Segregations-tendenzen. Eine Durchmischung der Stadtteile erhöht die Lebensqualität für alle Menschen. Dazu muss, wie bereits im Bereich Wohnen betont, auch eine entsprechende Anzahl preisgünstiger Mietwohnungen in allen Stadtteilen vorgehalten werden. Bei der Erschließung neuer Stadtteile muss dies selbstverständlich auch unter dem Aspekt der Migration mit bedacht werden. Die SPD Heidelberg fordert außerdem, dass Flüchtlinge und Asylsuchende in Heidelberg dezentral und in gut durchmischten Wohnquartieren untergebracht werden, um die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Diskriminierungen auf dem Wohnungsmarkt, bei der Arbeit oder im Bildungsweg führen oft zu nachhaltigen sozialen Einschränkungen. Wir wollen deswegen einen verstärkten Fokus auf die Antidiskriminierungsarbeit in diesen Bereichen richten sowie die Ansprechbarkeit und Vermittlung bei Problemen über die Stadt etablieren. Wir unterstützen die Gründung eines „Welcome Center“, in dem Zuwanderer erste Hilfen, Unterstützung, Informationen und Ratschlag bekommen und kulturelle und religiöse Unterschiede gewürdigt werden. Bei der Standortsuche priorisieren wir ein städtisches Gebäude mit direkter Anbindung. Damit Inklusion gelingt, sind bedarfsorientierte Lösungen notwendig. Multiprofessionelle Teams sind ein Muss, sowohl im vorschulischen als auch im schulischen Bereich, um Qualität zu sichern und jedem Kind und jungem Erwachsenen die richtige Förderung zukommen zu lassen. Für standortbezogene Modelle dualer Ausbildung werden wir die Investitions- und Sachkostenzuschüsse dem heutigen Bedarf anpassen. Weiterhin werden wir uns dafür einsetzen, dass der Inklusionsauftrag dauerhaft im Schulgesetz verankert wird. In Zusammenarbeit mit

dem Beirat für Menschen mit Behinderung werden wir konsequent an unserem Ziel arbeiten, ein barrierefreies Lebensumfeld für allen Menschen in Heidelberg zu schaffen. Hier wollen wir uns dafür einsetzen, dass zum Beispiel die Verkehrssituation auf mögliche Einschränkungen der Barrierefreiheit überprüft wird (z.B. Parken auf dem Gehweg, zu hohe Bordsteinkanten, Querungsmöglichkeit von Straßenbahnschienen etc.).

Bewertung von Handlungsfeldern Integration und Inklusion:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Ausweitung von Projekten zur Integration und Inklusion	SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	BL, CDU, Linke, FWV, G.HD, FDP		
Stärkung (Finanzen und Mitsprache) der Partizipationsgremien wie Ausländer- und Migrationsrat und Beirat von Menschen mit Behinderungen	BL, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, G.HD	FWV, FDP	
Rechtliche Spielräume im Ausländerrecht stärker nutzen	BL, SPD, B90/Grüne, Linke, HDpf&er	CDU, Heidelberger, GAL, G.HD, Piraten, FDP	FWV	
Kinder und Jugendlichen mit Behinderungen Schulbesuch außerhalb von Förderschulen ermöglichen	SPD, B90/Grüne Linke, HDpf&er, Piraten	BL, Heidelberger, GAL, G.HD	CDU, FWV, FDP	

Weitere Vorschläge und Ideen Integration und Inklusion:

FDP: Die Hauptverantwortung für die Stadt sollte beim gewählten Gemeinderat verbleiben. Selbstverständlich sollen die Partizipationsgremien bei allen für sie relevanten Entscheidungen mit einbezogen werden.

Die Inklusion von Kinder und Jugendlichen mit Behinderung in den Schulalltag muss behutsam und vorsichtig vorangetrieben werden. Erfahrungen aus Pilotprojekten müssen bei der Ausweitung stärker berücksichtigt werden.

Zum Thema Förderschulen:

Es gibt zahlreiche Beispiele aus Heidelberger Handwerksbetrieben, wo Jugendliche, die zuvor in den Förderschulen intensiv insbesondere in ihren praktischen Fähigkeiten und Fertigkeiten geschult wurden, inzwischen ausgezeichnete Berufswege in den Handwerksbetrieben zu verzeichnen haben. Mit Unterstützung der Handwerkskammern konnten Gesellenprüfungen im praktischen Bereich erfolgreich absolviert werden, was dann ein sehr gutes und gesichertes Einkommen zur Folge hat. Wir empfinden daher die derzeitige Diskussion um Inklusion gerade im Hinblick auf die sehr gute Arbeit, die größtenteils an den Förderschulen geleistet wird, wenig zielführend.

Piratenpartei: ----

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90-Die Grünen: ...großzügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber/innen, Erweiterung des Sprachkursangebotes für Asylbewerber/innen

Bunte Linke: Es fehlt das Recht auf direkte demokratische Mitbestimmung für Menschen außereuropäischer Herkunft, in Heidelberg waren das 2009 immerhin mehr als 15 000 Menschen. Hier muss dringend für Abhilfe gesorgt werden, das liegt allerdings nicht in der Entscheidungshoheit der Stadt Heidelberg. Für eine besser gelingende Teilhabe von Migranten ist der Abbau sprachlicher und kultureller Barrieren und die Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten zwischen Migranten und Deutschen aller Einkommensschichten dringend erforderlich. Hierbei sollte verstärkt auf die Kompetenzen innerhalb der Migrantenorganisationen zurück gegriffen werden und diese intensiv mit einbezogen werden. Früher und lang andauernder Kontakt aller Kinder zu anderen Kindern unterschiedlichster Herkunftsländer, Kultur, Religion, sozialer Schicht, aber auch der gemeinsame Alltag von Kindern mit und ohne Behinderung fördert die Entwicklung aller zu Menschen mit breit gefächerten sozialen Kompetenzen. Die inklusive Gemeinschaftsschule ist ein kleiner Baustein auf dem Weg dorthin.

CDU: Kinder- und Jugendliche werden am besten in aus ihrer Behinderung heraus angepasste Schulformen gefördert. Je nach Behinderung unterstützen wir jedoch auch in Einzelfällen die Teilnahme an normalen Schulen.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Verbindliches Mitspracherecht für den Jugendgemeinderat, den Ausländer- und Migrationsrat und den Beirat von Menschen mit Behinderungen im Gemeinderat – Demokratie bedeutet für uns nicht nur gehört zu werden, sondern auch aktiv mitentscheiden zu können.

Inklusive Bildung, bereits ab dem Kindergarten.

Wir setzen uns für eine inklusive Bildung ein. Das bedeutet, ein Kindergarten und eine Schule für alle. Auf diese Weise lernen unsere Jüngsten bereits frühzeitig, miteinander zu lernen und zu leben – eine wichtige Voraussetzung für eine solidarische Gesellschaft.

Freie Wähler: ----

GAL: ----

Grüne: großzügige Erteilung von Arbeitserlaubnissen für Asylbewerber/innen, Erweiterung des Sprachkursangebotes für Asylbewerber/innen

SPD:

7. Bildung

Kann gute Bildung gegen Ausgrenzung und Armut schützen und was kann die Stadt Heidelberg dafür tun?

FDP: Gute Bildung ist wesentliche als Schutz gegen Ausgrenzung und Armut. Die FDP bekennt sich zu Chancengleichheit ab dem frühkindlichen Alter. Für Heidelberg heißt das ausreichende, bezahlbare und pädagogisch durchdachte Kitaplätze. Ebenso sollte jedes Kind nach seinen Fähigkeiten in Kindergarten, Grundschule und weiterführenden Schulen gefördert werden.

Piratenpartei: Gute Bildung kann unserer Meinung nach vor Ausgrenzung und Armut schützen. Einerseits ist gute Bildung der Grundstein für Qualifizierung und somit für Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Aber gute Bildung ist mehr als Qualifizierung von Individuen. Gute Bildung bedeutet auch, dass alle möglichst lange gemeinsam in einem Umfeld lernen, von dem alle profitieren und das ein Klima der gegenseitigen Akzeptanz fördert, die Ausgrenzung verhindert. Wir unterstützen daher Projekte wie die in der Bahnstadt entstehende Gemeinschaftsschule und wollen das möglichst lange gemeinsame Lernen fördernde Projekte im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten ausbauen.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Selbstverständlich! Siehe unten:

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Bildung ist eine Hauptvoraussetzung, um eine gleichberechtigte soziale Teilhabe zu ermöglichen.

CDU: Ja das kann sie. Jedoch kann es auch hier Einzelfälle geben, deshalb kann auch hier wieder nur gelten „Hilfe zur Selbsthilfe“. Die Stadt kann z.B. attraktive Lernorte bereitstellen. Dies wird zur Zeit auch in Form von umfangreichen Sanierungsmaßnahmen der Schulen umgesetzt.

Die Heidelberger: Ja, weiter für Erhalt und Ausbau aller Bildungseinrichtungen sorgen.

Die Linke: DIE LINKE ist für die Gemeinschaftsschule mit Ganztagsbetreuung. Hier können die Lernenden anhand moderner reformpädagogischer Konzepte auf einer individuellen Ebene gefördert werden.

Freie Wähler: Es gibt bereits in Heidelberg sehr gute Bildungsangebote und Angebote zur Sprachförderung. Es sollten nicht nur die Kinder sondern auch die Eltern angesprochen werden
Gemeinschaftsschulen sind nicht für alle Kinder das Zaubermittel solange die Bedingungen nicht angepasst sind.

GAL: Bildung ist immer noch vom sozialen Status und Geldbeutel der Eltern abhängig. Hier muß dagegen gearbeitet werden. Ganztags und Gemeinschaftsschulen, eine gute Schulsozialarbeit sind sinnvolle Strukturen um über gemeinschaftliches und inklusives Lernen Armut und Ausgrenzung langfristig zu bekämpfen. Hier gibt es über Päd aktiv und die Schulsozialarbeit, Hüs und die ersten Ganztagschulen die richtigen Ansätze in Heidelberg. Vieles ist allerdings Landespolitik, auf die wir kommunal nur begrenzt Einfluss haben.

SPD: Unzureichende Bildung ist zweifelsohne ein sehr großes Armutsrisiko. Deshalb muss unsere Stadt mit dem Land, welchem gemäß unserer Verfassung die Bildung obliegt, alles unternehmen, damit vor allem Kinder früh die ihnen gemäße Bildung erhalten. Mit unserer Vielfalt an Schulangeboten wollen wir den unterschiedlichen Bedürfnissen junger Menschen Rechnung tragen. Verlässliche Ganztagsangebote insbesondere im Grundschulbereich müssen mit Unterstützung des Landes weiter ausgebaut werden. Individuelle Förderangebote, wie das von der SPD initiierte „Heidelberger Unterstützungssystem Schule“ (HÜS), die eine Verbesserung der Bildungschancen von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf zum Ziel haben, müssen als Standardangebot in der Stadt Heidelberg etabliert werden. Die Modernisierung unserer Schulgebäude zu Lebens- und Lernräumen muss in den nächsten Jahren weiter mit Priorität verfolgt werden. Jedes Kind ist einzigartig und muss darin unterstützt werden, sich ganzheitlich individuell zu entwickeln. Nur so kann es seine Fähigkeiten, Potenziale und Stärken frei entfalten. Kindertagesstätten unterstützen mit ihrem Erziehungs- und Bildungsauftrag die Familien darin, die Kinder in ihrer frühkindlichen Entwicklung optimal zu fördern, beispielsweise durch Sprachförderung im frühen Kindesalter. Bildung, vor allem die der Jüngsten, ist kein Projekt, sondern eine gesellschaftliche Aufgabe. Deshalb sind verbindliche Standards für den Übergang Kindergarten-Grundschule notwendig. Es gilt, kinderfreundliche Brücken zwischen vorschulischem und schulischem Bereich zu schaffen, um einen frühen Bruch in der Bildungsbiografie zu vermeiden und das längere gemeinsame Lernen zu fördern. Um Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Heidelberg optimal zu unterstützen, wollen wir mit Unterstützung der Landesregierung für jedes Kind einen bedarfsgerechten und gebührenfreien Kindergartenplatz. Ausbau der U3-Betreuung auf über 60% Auf den Anfang kommt es an! Die SPD wird das bedarfsgerechte Betreuungsangebot für Kinder unter 3 Jahren weiter mit einem hohen Qualitätsanspruch ausbauen. Hierfür wollen wir auch Bundesinvestitionen „einwerben“. Bei der Schaffung weiterer Betreuungsplätze ist es vor allem wichtig, nicht stadtweite Durchschnittswerte als Berechnungsbasis heranzuziehen, sondern die Betreuungsquoten der einzelnen Stadtteile zu betrachten und hier auf den tatsächlichen Bedarf zu reagieren. Wir werden uns für den Bau eines Tagespflegezentrums in städtischer Regie (z.B. im Quartier Mark Twain Village) einsetzen. Dieses Zentrum soll Arbeitsmöglichkeiten und Raum für ca. 10 Tagespflegepersonen bieten und eine Flexibilität bei Betreuungssituationen (Vertretung, Randzeitenbetreuung, Übernachtungsmöglichkeiten oder Abholservice von den Kinderkrippen) ermöglichen. Diese Form der Betreuung hat sich in der Weststadt und im Bosseldorn bereits bewährt und wird von den Eltern gern angenommen. HÜS – langfristig sichern Das Heidelberger Unterstützungssystem Schule (HÜS) ist ein Programm, das

die SPD-Fraktion konzipiert und im städtischen Haushalt verankert hat. Über 6.000 Stunden sind mittlerweile im Rahmen von HUS unterrichtet worden. Von Nachhilfe in den Kernfächern Deutsch, Mathematik oder Fremdsprache bis hin zu Kursen, die Selbstwertgefühl und Selbstvertrauen stärken, wird ein breites Spektrum geboten. Ziel ist immer, dass Kinder und Jugendliche Lernerfolge in ihrer Schullaufbahn erleben und den einmal eingeschlagenen Weg auch erfolgreich abschließen können. Dieses Programm gilt es zu erhalten und auszubauen. Staffelung der Kinderbetreuungsgebühren Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein Grundpfeiler der Gleichberechtigung. Um diese Vereinbarkeit zu verwirklichen, ist es notwendig, die Gebühren für Kinderbetreuung an die Bedürfnisse der Familien und auch alleinerziehender Elternteile anzupassen. Das politische Ziel der SPD ist die gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Hochschule. In Heidelberg werden wir darauf hinwirken, Bildungs- und Betreuungsgebühren an staatlichen Einrichtungen sukzessive abzubauen. Als Übergangslösung fordern wir eine feinere Staffelung der Gebühren sowie höhere Beiträge für Hochverdienende. Dieses neue Konzept soll auch für andere Einrichtungen, wie z.B. die Musik- und Singschule, Kindergärten etc., erarbeitet werden.

Bewertung von Handlungsfeldern Bildung:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Unterstützung von Schulen bei der Schulentwicklung (v.a. Gemeinschaftsschulen) und bei besonderen Angeboten (AGs, Nachmittagsbetreuung)	SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	BL, CDU, FWV, G.HD, FDP		
Übergangssystem Schule-Beruf für alle Heidelberger Schulen	BL, SPD, B90/Grüne, GAL, HDpf&er	CDU, Heidelberger, Linke, FWV, G.HD, Piraten, FDP		
Unterstützung aller Schulen bei der Schulsozialarbeit	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er, Piraten	Linke, FWV, G.HD		
Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen	BL, GAL	CDU, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP	SPD	
Unterstützung von jungen Migrantinnen und Migranten beim Spracherwerb und der schulischen Integration	BL, CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, FWV, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP			

Weitere Vorschläge und Ideen Bildung:

FDP: Die FDP ist für eine gleichmäßige Förderung aller Schulformen inklusive Gemeinschaftsschulen, aber auch dem differenzierten Schulsystem.

Anmerkungen:

Bei stark sinkenden Schülerzahlen muss auch über die Angebotsstrukturen offen diskutiert werden.

Frühe Förderung von jungen Migrantinnen und Migranten ist wesentlich für Inklusion und Integration.

Piratenpartei: Anstellung nicht nur von Schulsozialarbeitern, sondern auch von Schulpsychologen, die nochmal andere wichtige Aufgaben erfüllen.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90-Die Grünen: Ausbau von Ganztagschulen.

Bunte Linke: Bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets des Bundes kann die Stadt noch Verbesserungen durchführen, indem z.B. Nachhilfe unbürokratischer und früher gewährt wird. Bei der Einrichtung bzw. Unterstützung privater Kindertagesstätten und Schulen sollte die Stadt noch stärker auf eine soziale Staffelung der Elternbeiträge hinwirken, so dass ein Besuch für breitere Einkommenschichten möglich ist. Dies würde für eine bessere soziale Durchmischung schon im Kindesalter sorgen. Öffentliche Krippen, Kindertagesstätten und Schulen sollten verstärkt auch die besonderen Bildungskonzepte und Organisationsstrukturen anbieten, wegen denen Eltern ihre Kinder zu (meist teuren) privaten Einrichtungen schicken. Vor allem beim Übergang von der Schule in den Beruf muss der Schwerpunkt auf praktische, lebenspraktische und arbeitsweltorientierte Bildungsprojekte gelegt werden, weniger auf die Beratung. (Gewalt-)Präventionsangebote und weitere Kurse zur Stärkung des Selbstbewusstseins an Schulen durch die verschiedenen in Heidelberg aktiven Freien Träger erleichtern auch armen Kindern die Entwicklung einer starken Persönlichkeit.

CDU: Grundsätzlich müssen solche Maßnahmen aber bezahlbar bleiben.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: Bundeswehr raus aus den Schulen – Jugendoffizieren den Zugang verwehren.

Kostenloses und gesundes Mittagessen an den Schulen.

Wie bereits in Punkt 6 aufgeführt, setzen wir uns für die inklusive Bildung ein. Die Kinder lernen hier bereits früh, miteinander zu leben. Das schweißt eine Gesellschaft zusammen. Die Trennung im Bildungssektor bewirkt auch eine Trennung innerhalb der Gesellschaft. Auf diesem Fundament kann eine solidarische Gesellschaft nur schwerlich entstehen. Deswegen sehen wir im gemeinsamen Lernen einen wichtigen Schritt, nicht nur im Sinne der Bildungsgerechtigkeit, sondern auch für die Schaffung einer Solidar-Gemeinschaft.

Freie Wähler : ----

GAL: In der Altenarbeit ist Heidelberg mit den Seniorenzentren gut aufgestellt. Diese sollen sich zu Stadtteilzentren weiter entwickeln. Ein wichtiges Thema ist wohnen, Wohngemeinschaften (selbstorganisiert und betreut), Mehrgenerationenhäuser und andere neue Wohnformen müssen in Heidelberg verstärkt entwickelt und mehr unterstützt werden.

Grundsätzlich gilt für die Zielgruppe ambulant vor stationär. Die ambulante Alten und Krankenpflege muß vor Ort gestärkt und unterstützt werden, neue Themen wie Demenz über Modelle und Strukturentwicklung begleitet und auch soweit notwendig finanziell gefördert werden.

Wichtig ist uns, dass die gute Beratungslandschaft in Heidelberg erhalten und wie bisher auch stabil kommunal gefördert werden, so dass eine nachhaltige Sicherung der Stellen und eine gute Beratung möglich sind.

SPD: Ausbau der Elternberatungsangebote Eltern- und Familienbildung, Suchtberatung, Mediens Schulung u.v.m. sind Themen, bei denen wir als Kommune Hilfestellung geben können und müssen. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in allen Heidelberger Kindertagesstätten Elternberatungsangebote geleistet werden. Diese Angebote haben sich bewährt und daher sollten sie weiter bedarfsgerecht und stadteilorientiert ausgebaut werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass für Eltern mit Migrationshintergrund, die mit der deutschen Sprache noch Schwierigkeiten haben, auch eine Fremdsprachenberatung angeboten wird. Über das vorgegebene Handlungsfeld: „Erhalt dezentraler schulischer Angebotsstrukturen trotz sinkender Schülerzahlen“ kann unsererseits keine pauschale Priorisierung vorgenommen werden. Vor dem Hintergrund der sich wandelnden Schul- und Bildungslandschaft und der Bevölkerungsentwicklung müssen bei einer Stadt unserer Größe der jeweiligen Situation angemessene Entscheidungen getroffen werden.

8. Alter und Gesundheit

Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Stärkung der Daseinsfürsorge für ältere und kranke Bürger?

FDP: Die FDP setzt sich für eine finanzielle Grundabsicherung für ein würdevolles Dasein auch im Alter und bei Krankheit ein. Wichtig ist eine unbürokratische Hilfe statt undurchschaubarer Einzelanträge. Hier kann die Kommune Dienstleister für die Bedürftigen sein.

Piratenpartei: Voraussetzung für eine starke Daseinsvorsorge ist, dass sie in kommunaler Hand bleibt. Daher wollen wir uns sowohl auf kommunaler, wie auch auf europäischer Ebene für die Verhinderungen von Abkommen wie TTIP einsetzen, die eine unkontrollierte Privatisierung der Daseinsvorsorge ermöglichen würden. Initiativen anderer Städte und des deutschen Städtetages gegen derartige Abkommen wollen wir unterstützen. Für ältere Bürger wollen wir die Inklusion und Barrierefreiheit in Heidelberg fördern.

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: Wir unterstützen voll und ganz das Konzept der Mehrgenerationenhäuser, da sie dem traditionellen Lebens- und Wohnmodell des Menschen entspricht. Ausgrenzung von alten, kranken und behinderten Menschen ist nicht nur inhuman, sondern auch nicht zeitgemäß!

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Heidelberg ist in der aktivierenden Seniorenarbeit gut aufgestellt. In der Versorgung alter Menschen sollte es vorrangig darum gehen, diesen ein selbstbestimmtes Leben zuhause solange wie möglich und gewünscht zu ermöglichen.

CDU: Grundsätzlich müssen solche Maßnahmen aber bezahlbar bleiben.

Die Heidelberger: ----

Die Linke: In der Zukunft wird die Altersarmut sehr stark zunehmen. Hier sollten langfristige Konzepte entwickelt werden. Auf Bundesebene fordert DIE LINKE daher eine Mindestrente von 1050 EUR pro Monat. Das materielle Problem der Altersarmut kann auf kommunaler Ebene kaum gelöst werden. Durch den Bau von Seniorenzentren und Mehrgenerationenhäusern kann aber dem der Vereinsamung entgegengewirkt werden.

Freie Wähler: Senioren sollten die Angebote kennen und aktiv eingeladen werden zum Mitmachen (Sport, Singkreis o.ä.)

Suchtbehandlung aller Art ist nicht primär kommunale Aufgabe

GAL: In der Altenarbeit ist Heidelberg mit den Seniorenzentren gut aufgestellt. Diese sollen sich zu Stadtteilzentren weiter entwickeln. Ein wichtiges Thema ist wohnen, Wohngemeinschaften (selbstorganisiert und betreut), Mehrgenerationenhäuser und andere neue Wohnformen müssen in Heidelberg verstärkt entwickelt und mehr unterstützt werden.

Grundsätzlich gilt für die Zielgruppe ambulant vor stationär. Die ambulante Alten und Krankenpflege muss vor Ort gestärkt und unterstützt werden, neue Themen wie Demenz über Modelle und Strukturentwicklung begleitet und auch soweit notwendig finanziell gefördert werden.

Wichtig ist uns, dass die gute Beratungslandschaft in Heidelberg erhalten und wie bisher auch stabil kommunal gefördert werden, so dass eine nachhaltige Sicherung der Stellen und eine gute Beratung möglich sind.

SPD: Die Seniorenzentren als wichtige Kristallisationspunkte in den Stadtteilen sind in ihrer Beratungskompetenz neben dem Pflegestützpunkt im Amt für Soziales und Senioren zu stärken. Ein Konzept hierfür ist die Etablierung von zusätzlichen Familientreffangeboten innerhalb der Seniorenzentren. Hier sollen durch Fachpersonal und ehrenamtlich ausgestaltete „Generationenprojekte“ gemeinsam mit den Seniorinnen und Senioren alle Fragen zur Betreuung, Erziehung und Gesundheit für junge Familien beantwortet werden. Gleichzeitig entstehen anregende soziale Treff- und Kontaktmöglichkeiten für Seniorinnen und Senioren, die daran interessiert sind. Denkbar sind dabei auch „Patenprojekte“, wie z.B. kurzzeitige Betreuung, gemeinsames Vorlesen oder andere gemeinsame Aktivitäten. Generationsübergreifendes Leben wird so auch in Bereichen möglich, in denen gemeinsames Wohnen nicht möglich ist oder auch nicht angestrebt

wird. Da dies nicht allein ehrenamtlich oder durch zusätzliche Arbeit der Angestellten in den Seniorenzentren selbst zu leisten ist, wollen wir hierfür zusätzliche Mittel für Personal bereitstellen. Diese sollen sowohl die Qualität des Angebotes sicherstellen, als auch den Anstoß und die Koordination von Aktivitäten sowie die Beratung verwirklichen. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wird deutlich, dass eine Verwirklichung eines solchen Projekts nur in Kooperation mit den Trägern der Seniorenzentren, der Stadtverwaltung und der Politik möglich ist. Wir streben deswegen in den nächsten fünf Jahren die Umsetzung eines „Pilotprojekts“ in Kooperation mit allen Aktiven an. Findet sich für diese Entwicklung kein Träger, so streben wir die Pilotverwirklichung im städtischen Seniorenzentrum in der Weststadt an. Wenn man aufgrund von Pflegebedürftigkeit nicht mehr zu Hause leben kann, setzt sich die SPD dafür ein, dass alle Betroffenen, auch Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen, das Recht haben, ihr Pflegeheim frei zu wählen. Mit Demenz leben Fachleute und Angehörige sind sich einig, dass es notwendig ist, für an Demenz Erkrankte einen Schutzraum in möglichst gewohnter Umgebung zu schaffen. Dieser Gedanke wird heute schon in vielen Betreuungseinrichtungen, vor allen Dingen in Mehrgenerationenprojekten, umgesetzt. Die SPD schlägt den Bau eines so genannten Demenzdorfes (holländisches Beispiel – De Hogeweyk) vor. Es bietet neben der Sicherheit für die Erkrankten einen Ort der Begegnung zwischen den Generationen und die Möglichkeit der Freizeitgestaltung, wenn auf dem Gelände auch für Nicht-Demente attraktive Einrichtungen (Park, Probenräume etc.) zu finden sind. In einer breit angelegten Diskussion mit den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir für das Thema sensibilisieren sowie Anforderungen und Wünsche an ein solches Wohnprojekt diskutieren.

Bewertung von Handlungsfeldern Alter und Gesundheit:

	Höchste Priorität	Hohe Priorität	geringe Priorität	unwichtig
Altersarmut und -ausgrenzung vorbeugen durch Angebote für Senioren	CDU, SPD, B90/Grüne, Heidelberger, Linke, GAL, HDpf&er, G.HD, Piraten, FDP	BL, FWV		
Förderung integrativer Hilfen für psychisch Kranke (z.B. in Sport- und Freizeitvereinen)	SPD, B90/Grüne, Linke, GAL, HDpf&er, Piraten	CDU, Heidelberger, FWV, G.HD, FDP	BL	
Ausbau der Frühintervention für Suchtkranke	BL, CDU, B90/Grüne, GAL, HDpf&er, Piraten	SPD, Heidelberger, Linke, G.HD, FDP	FWV	
Behandlungsangebote für neue Suchtformen (Verhaltenssüchte)	BL, CDU, B90/Grüne, Heidelberger, GAL, HDpf&er	SPD, Linke, G.HD, Piraten	FWV, FDP	

Weitere Vorschläge und Ideen Alter und Gesundheit

FDP: Die FDP setzt sich für Präventions- und Informationsmaßnahmen ein, um neue Suchtformen schon im Vorfeld zu verringern.

Piratenpartei: Schaffung einer Diamorphinambulanz, Einrichtung einer psychiatrischen Notfallambulanz für den Rhein-Neckar-Raum

generation.hd: ----

Kulturinitiative Heidelberg Pflegen und erhalten: ----

Bündnis90-Die Grünen: ----

Bunte Linke: Immer wieder kommt es zu schnellen Heimeinweisungen von älteren Menschen z.B. nach Krankenhausaufenthalt. Um dies zu verhindern, fehlt in Heidelberg ein geriatrisches Netzwerk zwischen Krankenhaus, niedergelassenen Ärzten, ambulanten Diensten, Seniorenzentren und anderen Einrichtungen (wie GeriNet Wiesbaden). Wünschenswert wäre auch die Einrichtung von Wohngemeinschaften für Demenzkranke und/oder für Ältere und/oder für pflegebedürftige Personen mit gezielter Einbindung professioneller Pflegekräfte. Die verstärkte Förderung von Mehrgenerationenprojekten und sonstigen gemeinschaftlichen Wohnprojekten verbessert die Einbindung Älterer in soziale Netzwerke ihrer direkten Wohnumgebung und zögert den Zeitpunkt des externen Unterstützungsbedarfs zeitlich hinaus, was nicht nur den Menschen zugute kommt, sondern auch zu finanziellen Einsparungen im Pflegesystem führt. Nicht nur gegen psychische Erkrankungen und gegen die verschiedenen Suchtformen benötigen wir präventive Maßnahmen und früh ansetzende Hilfsangebote. Auch bei diversen sonstigen Bedürfnislagen (z.B. bestimmte Körperbehinderungen, Alleinerziehende mit kleinen Kindern, Langzeitarbeitslosigkeit) und vor allem bei gleichzeitigem Vorliegen mehrerer dieser Faktoren sollte die Unterstützung (durch die öffentliche Hand, durch freie Träger aber auch durch Privatpersonen im nachbarschaftlichen Umfeld) ausgebaut werden.

CDU: Grundsätzlich gilt auch hier wieder „Hilfe zur Selbsthilfe“ um den Personen nicht das Gefühl der Bevormundung zu geben.

Die Heidelberger: -----

Die Linke: Intensivierte Zusammenarbeit von städtischen Einrichtungen im Bereich der Seniorenarbeit, speziell auch mit den Migrantenorganisationen.

In der Altersgruppe der 55-64 Jährigen hat inzwischen jede/r Fünfte einen Migrationshintergrund. Zum gemeinsamen Altwerden in einer ethnisch vielfältigen Gesellschaft gehört auch, dass die Stadt kulturspezifische Beratungs- und Informationsangebote unterstützt. Deswegen setzen wir uns für eine Zusammenarbeit aller städtischen Einrichtungen im Bereich der Seniorenarbeit ein.

Freie Wähler: -----

GAL: -----

SPD: -----

Bunte Linke: Anmerkungen zum gesamten Themengebiet

Mit die größten Ausgaben entstehen der Stadt durch gesetzlich vorgeschriebene Sozialausgaben¹.

¹ **Daten und Fakten zu bestehenden sozialen Leistungen der Stadt Heidelberg**

(http://www.heidelberg.de/Lde/7071_34581_34997_35029_213795_358257_283651_283654.html)

Zur Substanzsicherung des sozialen Netzes wendete die Stadt Heidelberg **im Jahr 2010 143 Mill.€** auf. Diese entfallen unter anderem auf folgende Leistungen:

Krippen und Kindertagesstätten (43 Mill.€, davon 15,6 Mill.€ städtische Kitas, 11 Mill.€ freie Träger Krippen, 14,4 Mill.€ freie Träger Kindergärten, 2,2 Mill.€ Investitionsförderung freie Träger.)

Jugendhilfe (14,4 Mill.€, davon 12,1 Mill.€ Hilfen zur Erziehung und Eingliederungshilfen, 1,66 Mill.€ Zuschüsse an Jugendzentren, 570 T€ Erziehungsberatung.)

Bildung (ca. 1 Mill.€ Ganztagschulen, 4,2 Mill.€ verlässliche Grundschule, 16,8 Mill.€ Infrastruktur der Schulen und Schulsanierungen.)

Sozialausgaben (39 Mill.€ Sozialhilfe SGB XII, 19 Mill.€ Kosten der Unterkunft, 3,2 Mill.€ Zuschüsse an die freie Wohlfahrtspflege, 270 T€ verbilligte Karten im Nahverkehr.)

Weitere Maßnahmen: Sprachförderung (108 T€ Kitas, 260 T€ Klasse 1 und 2, 150 T€ HÜS (Heidelberger Unterstützungssystem Schule); **Mittagessen** (550 T€ kostenloses Mittagessen in Kitas Heidelberg Pass + -950 Kinder, 287 T€ „1-Euro-Mittagessen“ in Grund-, Haupt- und Förderschulen - 440 Kinder);

Zusätzlich leistet sich die Stadt auch freiwillige Ausgaben in erheblichem Umfang (von Schulsozialarbeit über Stadtteilmanagement uvm bis zu diversen Präventionsprogrammen), alles sehr gut investiertes Geld!

Die **Solidarische Stadt** ist unser Ziel für die Zukunft. Wir brauchen ein Minimum an Ähnlichkeit der städtischen Lebensverhältnisse in allen Stadtteilen, weil nur so eine gelebte kollektive Verantwortung aller Bürger entstehen kann. Dazu brauchen wir vor allem öffentlich zugängliche (Begegnungs-)Räume, in denen sich Solidarität entwickeln und gedeihen kann.

Unabhängig von einzelnen unten abgefragten Teilbereichen muss gelten:

Planen darf nicht nur um der Planung willen geschehen, vor allem die Umsetzung ist gefragt. Die Stadt braucht Konzepte zur Beseitigung der strukturellen Armut, wird aber ohne Mitwirken weiterer politischer Ebenen (Land, Bund, Europa) und vor allem einem geänderten gesellschaftlichen Bewusstsein nicht erfolgreich sein können.

Bei aller notwendigen Unterstützung von Projekten durch die öffentliche Hand muss immer auch das Ziel beibehalten werden, den öffentlichen Träger langfristig von der Zuschusspflicht zu entlasten. Gesucht sind neue Ideen zur **Selbstfinanzierung der Gemeinwesenarbeit**. Ansätze dazu gab und gibt es, manchmal behindert die ausgeprägte etablierte „Trägerlandschaft“ in der Stadt, dass etwas Neues entstehen kann.

Kinder sind unsere Zukunft. Die Solidarische Stadt kann langfristig nur gelingen, wenn von klein auf Toleranz und Solidarität eingeübt werden. Das beginnt im Kindergarten - die städtischen Kindergärten sind hier konzeptionell gut aufgestellt - und sollte in allen Schulen und bei jeder (organisierten) Freizeitgestaltung entsprechend fortgeführt werden.

Kindergartenbeiträge (270 T€ Beitragsfreiheit im letzten Kitajahr - 290 Kinder und generelle Beitragsübernahme für die Kita bei Nachweis der Bedürftigkeit); **Schulsozialarbeit** (600 T€ Schulsozialarbeit an allen Grund-, Haupt-, Real- und Förderschulen); **Ermäßigungen** (15 T€ ermäßigten Mitgliedsbeitrag von Kindern und Jugendlichen mit Heidelberg Pass + in Sportvereinen, hinzu kommen das kostenlose Ferienprogramm, Ermäßigungen in Kultureinrichtungen, bei Bädern, im Zoo, und vieles mehr.)